

Fadegrad

«Soziale Gerechtigkeit»



VON ROLAND SCHECK

Masseneinwanderung. Die Wohnungsknappheit in der Stadt Zürich ist eklatant. Die Mietpreise erreichen ein Rekordhoch nach dem andern. Vielen Stadtzürchern bleibt nur noch der Wegzug. Vor diesem Hintergrund wirkt die Asylpolitik des rot-grünen Stadtrats umso sossender. Er denkt gar nicht daran, sich gegen die Aufnahmekontingente, welche die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich festlegt, zur Wehr zu setzen, sondern erfüllt diese folgsam. Ganz im Sinne des linken Weltbilds gilt die Priorität den Asylsuchenden und nicht den Arbeitern, die sich keine Wohnung mehr leisten können. Asylsuchende, die nachgewiesenermassen mehrheitlich reine Wirtschaftsflüchtlinge sind, werden gratis und franko einquartiert und versorgt. Das bringt Umsatz für die linke Asylindustrie. Und mehr Kriminalität. Eine Begleiterscheinung, deren Existenz der Stadtrat aber einfach abstreift.

Der Stadt Zürich ist aktuell ein Kontingent von 1900 Asylsuchenden zugewiesen, was einer Aufnahmequote von 0,5 Prozent der Wohnbevölkerung entspricht. Betreut werden die Asylsuchenden durch die Asyl-Organisation Zürich (AOZ), dem Paradebeispiel eines gierigen Mischkonzerns aus der nimmersatten Asylindustrie. Für die Unterbringung der Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen stehen der AOZ als Mieterin aktuell 29 Liegenschaften (davon vier mit 58 Plätzen im Besitz der Stadt Zürich) und 45 Einzelwohnungen (davon 28 mit 99 Plätzen im Besitz der Stadt Zürich) zur Verfügung. Ausserdem gibt es im Eigentum der AOZ eine Barackensiedlung an der Juchstrasse mit 250 Plätzen sowie die temporären Wohnsiedlungen Aargauerstrasse und Leutschenbach mit zusammen 250 Plätzen. Zusätzlich kann die AOZ momentan auch eines der Personalthäuser des Triemlispitals mit 80 Plätzen zwischen nutzen. Etliche Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene sind zudem in Privatwohnungen oder -zimmern untergebracht. Und zu guter Letzt übernimmt auch die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Zürich fallweise Familien, die als Flüchtlinge anerkannt wurden, in ein direktes Mietverhältnis.

Wie verschaukelt muss sich jemand vorkommen, der hier arbeitet, seine Steuern bezahlt und trotzdem aus der Stadt wegziehen muss, weil er keine Wohnung mehr findet. Hingegen haben Wirtschaftsflüchtlinge, die unter falschem Vorwand hierher kommen, um auf unsere Kosten zu leben, offensichtlich mehr Privilegien als die einheimische Bevölkerung. So sieht in Tat und Wahrheit die viel beschworene «soziale Gerechtigkeit» der Linken aus.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zwängerei: Forderungen nach Zusatzkrediten und Altersguillotine

Es ist ein immer wiederkehrendes Ritual – oft langweilig zwar, aber nötig – die Schmalspurvariante der Budgetdebatte: die Zwängerei um die Nachtragskredite. Da schweifen die Gedanken leicht wieder ab, hin zu einem anderen, ebenfalls ständig wiederkehrenden Ritual: Wenn an Tagungen die Altersguillotine gefordert wird, ist das auch eine Zwängerei um möglichst Junge möglichst schnell in möglichst hohe Räte zu schleusen. Gerade das Beispiel der Zwängerei mit der Via sicura zeigt, wie die auf Erfahrung basierende Argumentation wichtig wäre.



BERNHARD IM OBERDORF
GEMEINDERAT
ZÜRICH 11/12

So erweist es sich, dass gerade eine Debatte um Nachtragskredite gut geeignet ist, damit Junge unter der kundigen Führung von Erfahrenen diese Debatte als Ernstfallübung mit beschränktem Schadenspotential nutzen können.

Von den Zusatzkrediten ...

Es wäre nun müssig, aufzuzählen, welche Zusatzkredite alle gewährt wurden und wo – eigentlich überall – die SVP unterlag. Aber sie zeigte Flagge, auch wenn jetzt das Budget auf ein Defizit von 60 Millionen verschlechtert wurde. Spannend war noch, dass bei einem Antrag ein Zusatzkredit für die «Greater Zurich Area» – eine Institution zur Wirtschaftsförderung in der Stadt – eine relative Mehrheit fand, aber an der Ausgabenbremse scheiterte, weil die absolute Mehrheit um eine Stimme verfehlt wurde.

Bei einem anderen, komplizierteren Antrag mit zwei Minderheitsanträgen – es ging um diverse Versicherungsbeiträge für das Personal – geschah es ebenfalls, dass die absolute Mehrheit knapp verfehlt wurde, weil auf der linken Seite mit dem berühmten Schwenken von einer Minderheit zur anderen

einige Verwirrung herrschte. In der Folge stellte die SP einen Rückkommensantrag, der im Rat eine Mehrheit fand; bei der erneuten Abstimmung überwand dann der eine Minderheitsantrag die Schuldenbremse, wobei mit dem Manöver die Mehrheit paradoxerweise keine einzige Stimme mehr machte.

Da dieses ärgerliche Rückkommen den Abmachungen in der interfraktionellen Kommission (IFK) widerspricht, gemäss dem man auf Rückkommen in Budget-, Rechnungs- und Kreditdebatten verzichtet, rief dies den Protest der SVP hervor, welche sich fortan nicht mehr an dieses Arrangement gebunden fühlt.

... zum Gewinn von Erfahrung ...

Damit war die Luft draussen und so trugen dann Voten – wie im Originalton «Data, Schluss und Tschüss und Tschau» – zur Heiterkeit bei. Mitnichten bot aber die Debatte keinen wesentlichen Inhalt, aber eben ein taktisches Übungsfeld, auf dem der politische Nachwuchs durchaus einiges lernen kann – und damit schwenken die Gedanken endgültig vom Ratsabend weg hin zu der zuweilen etwas aufseisig wirkenden Jugendförderung.

Die Förderung der Jungen in Ehren, sie muss sicher im richtigen Mass ernst genommen werden, gerade wenn man auf verschiedenen Ebenen wichtige Erfahrungen sammeln kann, muss

man nicht gleich oben beginnen, weil dann das Erfahrungsfundament fehlt, und für auf Sand oder Sumpf Gebauten besteht Einsturz- und Kippgefahr.

... zur Liquidation der Altersguillotine

Es ist auch nicht so, dass man zu groses Gewicht auf das Alter auf dem Papier legen sollte, denn auf die innere Einstellung kommt es an: so kann jemand mit 30 geistig alt und verknöchert, jemand mit 60 aber frischen Geistes sein. So gibt es keinen vernünftigen Grund, zwanghaft nach einer Altersguillotine zu rufen und damit Erfahrung und Innovation auch seitens der «Gereiften» zu köpfen.

Sesselkleber sind denn auch nicht diejenigen die schon lange in einem bestimmten Amt sind, sondern jene, die sich passiv und ohne jede Motivation zur persönlichen Weiterentwicklung in ihrem Sessel treiben lassen. So müssen es nicht nur Altgediente sein, die durch Nichtstun andern die Weiterentwicklung verbauen.

Die unreife Via sicura als Exempel

Was Erfahrung wert ist, zeigt beispielsweise Moritz Leuenbergers Via sicura, so wie sie in den eigenössischen Räten durchgewinkt wurde. Was schön klingt, hat seine gravierenden Tücken. So hat dieses Massnahmenpaket in der Wirkung nicht die

Funktion, die Sicherheit zu fördern, sondern durch eine übertriebene Regelsdichte und Repression sorgt es vielmehr – gerade bei verantwortungsbewussten Fahrern – für Verunsicherung. So soll nun neu bei Bussen das Schlupfrecht des Zeugnisverweigerungsrechtes (innerhalb der Blutverwandten) dadurch unterdrückt werden, dass künftig die Verantwortung beim Fahrzeughalter liegt.

Damit wird geradezu das Prinzip der Beweislast umgekehrt: Nicht die Schuld muss bewiesen werden, sondern die Unschuld. Der Halter muss Angaben zu jenen machen, die das Fahrzeug gelenkt haben. Im einen Fall wird so das Denunziantentum gefördert, es kann aber auch sein, dass es gar nicht gelingt, nach einiger Zeit noch Kenntnis über den tatsächlichen Fahrer zu haben. Dann hängt der Unschuldige wegen der rechtlich problematischen Beweislastumkehr in den Maschen der Sanktionen.

Dieses Beispiel zeigt, dass es nicht genügt, nur auf Mehrheiten zu bauen, sondern dass die tatsächlich fundierte Argumentation im Zentrum stehen müsste. Und da ist es nun einmal so, dass die Unerfahrenen eher auf die einfachen Mehrheiten setzen und verlieren, als auf die anspruchsvollere Argumentation, mit der man gewinnen kann. Gerade auf diese Reife kommt es aber an, wenn wir Sicherheit und Gerechtigkeit wollen.

LESERBRIEFE

Neuer Lehrplan und Berufsauftrag

«Zürcher Bote» vom 5. Juli 2013

Gleich in drei Artikeln wird im «Zürcher Bote» vom 5. Juli über Schulfragen geschrieben; allen Texten ist zuzustimmen. Die SVP hat absolut Recht, wenn sie den neuen schweizerischen Lehrplan 21 kritisch unter die Lupe nimmt und einige Punkte vehement ablehnt. Es soll klar ersichtlich sein, was die Kinder wann zu lernen haben, und schwammige Umschreibungen sind zurückzuweisen.

Dass der Fremdsprachenfrage besondere Bedeutung zugemessen wird, ist absolut berechtigt. Der jetzige Zustand befriedigt nämlich mitnichten. Es hat sich längst gezeigt, dass zwei

Fremdsprachen bereits in der Primarschule das Gros der Schüler eindeutig überfordert, und auch die Lehrpersonen beurteilen das momentane Konzept als sinnlose Zeitvergeudung. Der Beginn mit der zweiten Fremdsprache muss unbedingt auf die Oberstufe verlegt werden, um bessere Resultate zu erreichen. Ferner hat die SVP richtigweise auch das sogenannte «altersdurchmischte Lernen» an den Pranger gestellt. Diese Unterrichtsform, welche man klammheimlich generell einführen wollte, wäre eine ganz üble «Schulentwicklung»: die fixen Klassenverbände würden weitgehend abgeschafft und das Tohuwabuho in den Schulhäusern noch vergrössert statt

eingedämmt. Der Kanton Zürich schliesslich soll fast gleichzeitig noch mit einem zusätzlichen Geschenk belagert werden. Es heisst «neuer Berufsauftrag» und bringt weitere kantonale Bestimmungen für den Lehrberuf an der Volksschule. Statt beispielsweise, wie kürzlich versprochen, die Bürokratie im Lehralltag zu vermindern, wurde ein neues System ausgeheckt, um die Gesamtarbeitszeit der Lehrpersonen minutös ermitteln zu können. Sie müssten inskünftig protokollierend den Zeitaufwand für sämtliche Tätigkeiten, die ausserhalb des eigentlichen Unterrichtens anfallen, eigenhändig festhalten, und da es von denen naturgemäss eine ganze Menge

kleiner und grosser Verrichtungen aller Art gibt, kann das Ansinnen der Bildungsdirektion nur als Blödsinn in höchster Potenz und schon gar nicht als Entlastung der Lehrpersonen bezeichnet werden – es käme ja nun eben bei ihren Pflichten noch der Zeitaufwand für die Erfassung des Zeitaufwands dazu!

Ganz abgesehen, dass die Richtigkeit und Lückenlosigkeit der Angaben ohnehin nicht überprüft werden könnte: auch da ist den Politikerinnen und Politikern der SVP vorbehaltlos zuzustimmen, wenn sie sich gegen derartigen Unsinn wehren.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Die Sozialkapitalisten der Integrationsindustrie

«Der Zürcher Bote» vom 5. Juli 2013, Barbara Steinemann

Ich gratuliere Frau Barbara Steinemann zum erwähnten aufschlussreichen, aus bürgerlicher Sicht aber auch sehr bedenkliehen Artikel. Bedenklich vor allem, mit welch grandioser Kelle – unter dem Deckmantel der «edlen Motive» – im Asyl- bzw. Sozialbereich angerichtet wird. Angerichtet mit Geld, das notabene nicht aus Wertschöpfung stammt, sondern schlicht von uns Steuerzahlern zu berapen ist. Ich habe in eigenen Leserbriefen den Begriff «Sozial- und Integrationsindustrie» immer wieder verwendet. Allerdings übertreffen die im Bericht von Frau Steinemann aufgeführten Integrationsprogramme und -massnahmen, mit Kostensätzen oder Beträgen versehen, bei weitem meine Vorstellungen, was für «Geschäfte» und in welcher Höhe sich da im Dunstkreis der Integrationsindustrie täglich abspielen.

Leider ist es so, dass die Zuwanderung durch die Protagonisten immer wieder als Erfolgsmodell hervorgeho-

ben wird. Punktuell und innerhalb von zeitlichen Abschnitten mag das stimmen, aber eine umfassende Kosten-Nutzenrechnung unserer masslosen Einwanderung mit Einbezug der zukünftigen Auswirkungen (finanziell und kulturell) würde mit Sicherheit in eine andere Richtung zeigen. Ich gehe davon aus, dass eine solche Studie weder politisch eine Mehrheit findet noch durch einen Verband und schon gar nicht an unseren Hochschulen angepackt wird. Zu viele Stellen, offen und verdeckt, bis hin zu den Hilfswerken, können in dieser «Integrations-AG» eine ruhige, sichere und profitable Kugel schieben. Jeder andere «Markt» könnte vor Neid erblassen. Man holt sich, was zu holen ist. Auch geplante Leistungsvereinbarungen mit den zahlreichen Sozialmanagern und Förderern wird kaum die gewünschte Wirkung bringen. Zu schnell sind die Gutmenschen und oft auch die richterlichen Behörden wieder als «Frontmänner» in Aktion und schützen und verteidigen selbst Renitente und zuweilen auch Gesetzesbrecher durch alle Böden.

Der hehren Absicht der Artikel-schreiberin, dass sich die Einwanderung – am Beispiel von erfolgreichen Einwanderungsländern – ausschliesslich an den Eigeninteressen des Landes zu orientieren haben, ist vorbehaltlos zuzustimmen. Leider wird eine ent-

sprechende Umsetzung in der Schweiz nicht oder nur in ganz kleinen Schritten möglich werden. Es sei denn, unser Land verarmt nachhaltig – auch wegen der exorbitanten Zuwanderung.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Inländische Selbstversorgung!?

Auf einem ganzseitigem Inserat des Grossverteilers Migros: «Megafrisch» werden diverse Lebensmittel im Angebot angeboten. Da gibt es Peperoni aus den Niederlanden, Rauchlachs aus Schottland, Himbeeren aus Spanien, Deutschland und sogar, siehe da, auch noch aus der Schweiz, Käse aus Italien, Äpfel aus Chile und Neuseeland. Dies sind nur einige Beispiele von Lebensmitteln, die von weither in unser Land importiert werden. Abgesehen von der enormen Umweltbelastung des Transportes ist bei vielen Lebensmitteln deren Herstellung nicht nachvollziehbar und wenig transparent. Ich sage Nein zu einem weiteren Abbau des inländi-

schon Selbstversorgungsgrades, der bereits heute der tiefste in Europa ist! Wir alle sind mitverantwortlich, was mit unserer Agrarpolitik passiert. Wir alle sind verantwortlich, dass unsere Versorgung im eigenen Land produziert wird. Achten wir vermehrt auf saisonale Produkte, die gerade jetzt «vor unserer Haustüre» wachsen. Zeigen wir uns solidarisch mit unserer Landwirtschaft und Lebensmittelherstellern. Denn auch in Zukunft soll die Schweiz mit qualitativen hochwertigen Nahrungsmitteln Selbstversorger sein.

Heidi Hunziker-Kaiser, Uster